

2022/I/Soz/6 Jusos Hamburg

Bedarfsgerechte Finanzierung statt Pauschale – Ein modernes Sozialticketsystem für den Hamburger Ö

Beschluss: vertagt

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Hamburg wird aufgefordert sich in der Hamburgischen Bürgerschaft für folgende Maßnahmen einzusetzen:

Zeitkarten des HVV für den Bereich Hamburg AB dürfen in Verbindung mit dem Sozialrabatt der Stadt nicht mehr kosten, als der Anteil des Regelbedarfes von Arbeitslosengeld II (oder vergleichbarer oder zukünftiger Sozialleistungen der Grundsicherung) für Verkehr und Mobilität vorsieht.

Der Sozialrabatt der Stadt soll dazu jährlich an die Preisveränderungen des HVV, sowie Veränderungen des für Verkehr und Mobilität vorgesehenen Anteil am Regelbedarf von Arbeitslosengeld II (oder vergleichbarer oder zukünftiger Sozialleistungen der Grundsicherung) angepasst werden.

Anrecht auf einen entsprechenden Sozialrabatt sollen weiterhin alle Leistungsempfänger:innen sowie alle Mitglieder deren Bedarfsgemeinschaft haben, welche Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld oder Vergleichbare), 3. Kapitel des SGB XII (laufende Hilfen zum Lebensunterhalt), 4. Kapitel des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) oder Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen und ihren Wohnsitz in der Freien und Hansestadt Hamburg haben.

Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion